

Dipl.-Volkswirtin Renate Schulze-Steikow, Dipl.-Ökonom Olaf Seese

Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts im Jahr 2013

Im Jahr 2013 nahmen die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung in Deutschland 1 051,9 Milliarden Euro an Steuern und steuerähnlichen Abgaben ein, das waren 2,9% mehr als im Jahr 2012. Steuereinnahmen und steuerähnliche Abgaben sind die bedeutendsten öffentlichen Einnahmenquellen und beeinflussen dadurch maßgeblich die Einnahmenentwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts, der sich aus den Kern- und Extrahaushalten des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände, der Sozialversicherung sowie den EU-Anteilen zusammensetzt. Insgesamt stiegen die Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr um 2,7% auf 1 194,8 Milliarden Euro. Ihnen standen um 2,5% erhöhte öffentliche Ausgaben im Volumen von 1 204,2 Milliarden Euro gegenüber. Für das Jahr 2013 errechnet sich hieraus ein kassenmäßiges Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts – in Abgrenzung der Finanzstatistiken – in Höhe von 9,4 Milliarden Euro. Das Defizit war damit um 1,6 Milliarden Euro geringer als im Vorjahr.

Datenbasis für die Darstellung der Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts im Jahr 2013 sind die vierteljährlichen Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts, die in jedem Quartal in der Regel drei Monate nach Ende der Berichtsperiode veröffentlicht werden. Um Entwicklungen aufzeigen zu können, werden die Ergebnisse für das Berichtsjahr 2013 den revidierten Einnahmen und Ausgaben des Jahres 2012 gegenübergestellt und auf dieser Basis Veränderungsraten berechnet.

Methodische Hinweise

In der vierteljährlichen Kassenstatistik werden für das jeweils abgelaufene Quartal die Ist-Ausgaben/Aufwendungen und die Ist-Einnahmen/Erträge der Kern- und Extrahaushalte des öffentlichen Gesamthaushalts in der Gliederung nach Arten erfasst.¹ Die Daten der vierteljährlich nicht berichtspflichtigen gesetzlichen Unfallversicherung werden geschätzt. Auch die Daten der kaufmännisch buchenden Extrahaushalte enthalten Schätzungen. Darüber hinaus werden fehlende Daten aufgrund von Antwortausfällen anhand von Vorjahres- oder Vorquartalsdaten geschätzt.

Die vierteljährlichen Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts entsprechen sachlich und systematisch dem Stand des Berichtsjahres 2013. Für den Vorjahresvergleich wurden die Kassenergebnisse für das Jahr 2012 methodisch an den Stand des Berichtsjahres 2013 angepasst. Bereits veröffentlichte Kassenergebnisse des Jahres 2012 werden damit revidiert. Die Revisionen beziehen sich vor allem auf Datenkorrekturen bei den Extrahaushalten sowie auf Umsetzungen beim Bund und bei der Sozialversicherung.

Der Berichtskreis des öffentlichen Gesamthaushalts im Jahr 2013 ist gegenüber dem Vorjahr unverändert. Er umfasst die Kern- und Extrahaushalte des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände, der Sozialversicherung sowie die Finanzanteile der Europäischen Union (EU-Anteile). Die zum Sektor Staat zählenden kommunalen Zweckverbände sind aufgrund fehlender gesetzlicher

¹ Darüber hinaus werden vierteljährlich die Bauausgaben nach Aufgabenbereichen erhoben. Sie sind nicht Gegenstand der vorliegenden Analyse.

Grundlage nicht im Berichtskreis enthalten.² Methodische Grundlage für die Abgrenzung des öffentlichen Gesamthaushalts ist das Modell des Schalenkonzepts.³ In diesem Modell werden der öffentliche Gesamthaushalt der Finanzstatistiken und der Sektor Staat der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hinsichtlich des Berichtskreises einheitlich abgegrenzt. Es bestehen aber Unterschiede in der Methodik der Finanzstatistiken und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die methodischen Unterschiede führen dazu, dass der Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts in Abgrenzung der Finanzstatistiken von dem in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen berechneten Finanzierungssaldo des Staates abweicht. Die vierteljährlichen Kassenergebnisse eines Berichtsjahres sind für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wichtige Ausgangsdaten für die Berechnung des Finanzierungssaldos nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). Dieser ist die Grundlage für die Meldungen Deutschlands im Rahmen der EU-Haushaltsüberwachung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts. Der Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen um die sogenannten finanziellen Transaktionen – Darlehensgewährung/-rückzahlung, Beteiligungserwerb/-veräußerung, Schuldenaufnahmen/-tilgungen beim öffentlichen Bereich – bereinigt. In einem weiteren Schritt werden nach dem ESVG notwendige konzeptionelle Anpassungen (Berücksichtigung von Phasenverschiebungen, nicht kassenwirksamen Vorgängen) sowie Korrekturen vorgenommen. Aufgrund der methodischen Unterschiede errechneten die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das Jahr 2013 einen Finanzierungsüberschuss von rund 0,3 Milliarden Euro und die Finanzstatistiken ein kassenmäßiges Finanzierungsdefizit von 9,4 Milliarden Euro. Um das Ergebnis der unterschiedlichen Berechnungen für die Statistiker kenntlich zu machen, wird der Finanzierungssaldo der Finanzstatistiken als der „des öffentlichen Gesamthaushalts“ bezeichnet – häufig mit dem Zusatz „in Abgrenzung der Finanzstatistiken“. Der von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen berechnete Finanzierungssaldo wird als Finanzierungssaldo „des Staates“ bezeichnet.

Weitere Erläuterungen zu den methodischen Grundlagen der vierteljährlichen Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts sind den Fachpublikationen der Finanzstatistiken zu entnehmen.⁴

Öffentlicher Gesamthaushalt

Tabelle 1 zeigt die Veränderungen bei den Ausgaben, Einnahmen und Finanzierungssalden der einzelnen Ebenen des öffentlichen Gesamthaushalts im Jahr 2013 gegenüber dem Jahr 2012.⁵ Das kassenmäßige Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts – in Abgrenzung der Finanzstatistiken – verringerte sich im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 1,6 Milliarden Euro auf 9,4 Milliarden Euro. Bei den einzelnen Ebenen des öffentlichen Gesamthaushalts entwickelten sich die kassenmäßigen Ausgaben- und Einnahmenströme und damit die Finanzierungssalden unterschiedlich: Beim Bund waren die Einnahmen trotz gestiegener Steuereinnahmen in der Summe leicht rückläufig (-0,2%) – ausschlaggebend hierfür waren der Wegfall der Einnahmen aus dem Eingliederungsbeitrag seit dem 1. Januar 2013, den die Bundesagentur für Arbeit bislang an den Bund abgeführt hatte, sowie geringere Zins-einnahmen.

Da die Ausgaben des Bundes im Jahr 2013 unter anderem wegen des Wegfalls der Bundesbeteiligung an den Kosten der Arbeitsförderung der Bundesagentur für Arbeit sowie durch die Absenkung des Zuschusses an den Gesundheitsfonds noch stärker zurückgingen (-2,3%), reduzierte sich das Finanzierungsdefizit des Bundes von 22,0 Milliarden Euro auf 14,5 Milliarden Euro. Bei den Ländern stiegen die Ausgaben (+2,6%) und die Einnahmen (+4,3%). Aufgrund des stärkeren Einnahmewachses verringerte sich das kassenmäßige Finanzierungsdefizit der Länder ebenfalls deutlich – von 5,8 Milliarden Euro im Vorjahr auf 0,6 Milliarden Euro im Jahr 2013. Auch der kommunale Finanzierungsüberschuss konnte sich auf insgesamt 1,1 Milliarden Euro verbessern, da die Gemeinden und Gemeindeverbände auch im Jahr 2013 mehr einnahmen als sie ausgaben.

2 Die Zweckverbände des Staatssektors unterliegen ab dem Berichtsjahr 2014 einer gesetzlichen Pflicht zur vierteljährlichen Datenmeldung.
3 Siehe hierzu: Begriffserläuterungen für den Bereich Öffentliche Finanzen und Öffentlicher Dienst (www.destatis.de, Bereich Zahlen & Fakten > Gesellschaft & Staat > Öffentliche Finanzen & Steuern > Begriffserläuterungen > Glossar zu öffentliche Finanzen > Schalenkonzept).

4 Siehe Qualitätsbericht und Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 2 „Vierteljährliche Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts“ sowie Erläuterungen zur Statistik auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/OeffentlicheFinanzenSteuern/OeffentlicheFinanzen/Methoden/MethodischesKassenstatistik.html).

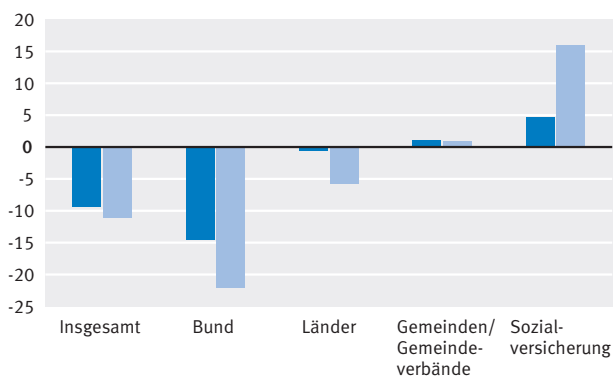
5 Siehe auch die Statistischen Monatszahlen für den Bereich Finanzen und Steuern im Tabellenteil dieser Zeitschrift auf Seite 66* ff.

Tabelle 1 Eckwerte des öffentlichen Gesamthaushalts
Kern- und Extrahaushalte

	Bereinigte Ausgaben			Bereinigte Einnahmen			Finanzierungssaldo		
	2013	2012	Veränderung	2013	2012	Veränderung	2013	2012	Veränderung
	Mill. EUR		%	Mill. EUR		%	Mill. EUR		
Insgesamt	1 204 222	1 174 449	+ 2,5	1 194 776	1 163 357	+ 2,7	- 9 386	- 11 031	+ 1 645
Bund	349 441	357 503	- 2,3	334 893	335 455	- 0,2	- 14 504	- 22 004	+ 7 499
EU-Anteile	30 116	25 251	+ 19,3	30 116	25 251	+ 19,3	0	0	-
Länder	329 880	321 459	+ 2,6	329 238	315 642	+ 4,3	- 610	- 5 787	+ 5 178
Gemeinden/Gemeindeverbände	204 715	196 864	+ 4,0	205 768	197 770	+ 4,0	+ 1 053	+ 906	+ 147
Sozialversicherung	533 682	520 544	+ 2,5	538 373	536 412	+ 0,4	+ 4 674	+ 15 854	- 11 180

2012 revidierte Ergebnisse.

Schaubild 1 Finanzierungssalden des öffentlichen Gesamthaushalts nach Ebenen
Mrd. EUR



2013 2012
2012 revidierte Ergebnisse.

2014 - 01 - 0477

Bereits im Vorjahr hatten sie ein Plus von 0,9 Milliarden Euro erreicht. Der Finanzierungsüberschuss der Sozialversicherung verringerte sich von 15,9 Milliarden Euro im Jahr 2012 auf 4,7 Milliarden Euro im Jahr 2013 (siehe Schaubild 1). Wesentliche Ursachen dafür waren die Abschaffung der Praxisgebühr zum 1. Januar 2013, die bereits erwähnten Absenkungen von Bundeszuschüssen bei der Bundesagentur für Arbeit und beim Gesundheitsfonds sowie des Beitragssatzes zur Rentenversicherung bei einer Erhöhung der Renten zum 1. Juli 2013.

Tabelle 2 Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts 2013
Kern- und Extrahaushalte

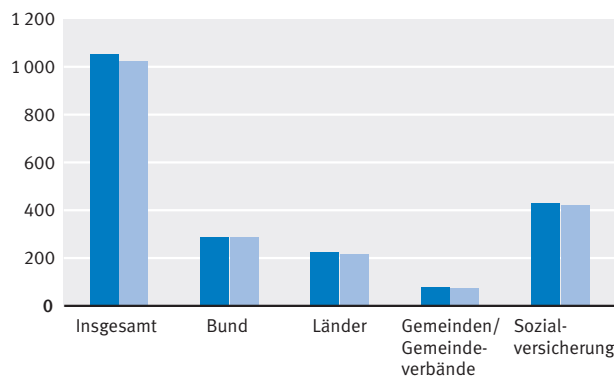
	Mill. EUR	Veränderung ¹ gegenüber 2012 in %
Bereinigte Ausgaben	1 204 222	+ 2,5
darunter:		
Personalausgaben	243 217	+ 3,1
Laufender Sachaufwand	321 421	+ 4,1
Zinsausgaben	66 582	- 3,6
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich ²	532 705	+ 3,8
Soziale und ähnliche Leistungen	386 258	+ 2,6
Sachinvestitionen	43 193	+ 1,4
Baumaßnahmen	30 773	+ 2,4
Erwerb von Sachvermögen	12 420	- 0,9
Darlehensgewährungen	8 870	- 17,9
Erwerb von Beteiligungen	15 097	- 5,3
Bereinigte Einnahmen	1 194 776	+ 2,7
darunter:		
Steuern und steuerähnliche Abgaben	1 051 874	+ 2,9
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	20 826	+ 5,5
Zinseinnahmen	17 032	- 17,8
Laufende Zuweisungen vom öffentlichen Bereich ²	532 885	+ 4,3
Gebühren und ähnliche Entgelte	53 299	+ 6,0
Veräußerung von Vermögen	13 792	+ 8,9
Veräußerung von Sachvermögen	5 772	- 1,0
Veräußerung von Beteiligungen	8 021	+ 17,4

1 Veränderung auf Basis revidierter Vorjahresergebnisse.
2 Einschließlich Schuldendiensthilfen.

Tabelle 2 zeigt die Veränderung der Ausgaben und Einnahmen nach Arten der Kern- und Extrahaushalte des öffentlichen Gesamthaushalts im Jahr 2013 gegenüber dem Jahr 2012. Die öffentlichen Ausgaben erhöhten sich im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr um 2,5% auf 1 204,2 Milliarden Euro. Die Personalausgaben stiegen um 3,1% auf 243,2 Milliarden Euro, die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand erhöhten sich um 4,1% auf 321,4 Milliarden Euro und die Ausgaben für soziale und ähnliche Leistungen um 2,6% auf 386,3 Milliarden Euro. Die im Jahr 2012 noch rückläufigen Sachinvestitionen stiegen 2013 um 1,4% auf 43,2 Milliarden Euro. Dagegen waren die öffentlichen Ausgaben für Zinsen (-3,6%), für Darlehensgewährungen (-17,9%) und für den Beteiligungserwerb (-5,3%) rückläufig.

Die Einnahmen der Kern- und Extrahaushalte des öffentlichen Gesamthaushalts lagen im Jahr 2013 um 2,7% über dem Niveau des Vorjahres und erreichten ein Volumen von 1 194,8 Milliarden Euro. Der Einnahmenezuwachs war maßgeblich auf die um 2,9% auf 1 051,9 Milliarden Euro gestiegenen Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben – der bedeutendsten öffentlichen Einnahmenquelle – zurückzuführen.

Schaubild 2 Steuern und steuerähnliche Abgaben des öffentlichen Gesamthaushalts nach Ebenen
Mrd. EUR



2013 2012
2012 revidierte Ergebnisse.

2014 - 01 - 0478

Die Einnahmen des Bundes aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben erhöhten sich insgesamt um 0,9% auf 288,1 Milliarden Euro. Bei den mit einem Plus von 0,3% nur leicht gestiegenen Bundessteuern waren insbesondere die Verbrauchsteuern rückläufig. Die Einnahmen des Bundes aus seinem Anteil an den Gemeinschaftsteuern lagen um 3,6% über dem Vorjahresniveau – vor allem aufgrund gestiegener Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Diese trugen auch bei den Ländern wesentlich zu den um 3,7% gestiegenen Einnahmen aus ihrem Anteil an den Gemeinschaftsteuern bei. Die Einnahmen aus Landessteuern übertrafen das Vorjahresniveau um 10,7%, während die Einnahmen aus den Gemeindesteuern der Stadtstaaten um 9,1% höher waren. Insgesamt verzeichneten die Länder um 4,3% auf 225,0 Milliarden Euro gestiegene Steuereinnahmen. Die Gemeinden und Gemeindeverbände erzielten Steuereinnahmen im Volumen von 76,8 Milliarden Euro und

übertrafen damit ihre Einnahmen im Vorjahr um 3,2%. Bei der Sozialversicherung stiegen die zu den steuerähnlichen Abgaben zählenden Beitragseinnahmen um 2,6%.

Bund

Die Ausgaben des Bundes und seiner Extrahaushalte beliefen sich im Jahr 2013 auf 349,4 Milliarden Euro (siehe Tabelle 3). Sie haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,3% oder 8,1 Milliarden Euro verringert.

Tabelle 3 Ausgaben und Einnahmen des Bundes und der Länder 2013
Kern- und Extrahaushalte

	Bund		Länder	
	Mill. EUR	Veränderung ¹ gegenüber 2012 in %	Mill. EUR	Veränderung ¹ gegenüber 2012 in %
Bereinigte Ausgaben	349 441	- 2,3	329 880	+ 2,6
darunter:				
Personalausgaben	43 547	+ 1,9	126 345	+ 3,2
Laufender Sachaufwand	27 821	+ 0,5	40 501	+ 3,9
Zinsausgaben	41 972	- 1,0	20 397	- 7,5
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich ²	178 424	+ 3,6	101 796	+ 9,2
Soziale und ähnliche Leistungen	27 253	+ 3,4	9 418	+ 2,1
Sachinvestitionen	8 808	- 9,0	11 298	+ 2,5
Baumaßnahmen	6 800	+ 2,2	6 958	- 0,9
Erwerb von Sachvermögen	2 009	- 33,8	4 340	+ 8,4
Darlehensgewährungen	2 047	- 33,5	5 706	- 9,7
Erwerb von Beteiligungen	9 403	- 11,4	3 478	+ 6,5
Bereinigte Einnahmen	334 893	- 0,2	329 238	+ 4,3
darunter:				
Steuern und steuerähnliche Abgaben	288 102	+ 0,9	224 969	+ 4,3
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	2 787	+ 9,5	7 288	+ 12,2
Zinseinnahmen	10 706	- 20,6	4 307	- 12,6
Laufende Zuweisungen vom öffentlichen Bereich ²	36 289	+ 41,2	82 484	+ 9,4
Gebühren und ähnliche Entgelte	12 320	+ 11,0	16 642	+ 9,6
Veräußerung von Vermögen	7 837	+ 29,4	1 237	- 37,5
Veräußerung von Sachvermögen	1 328	+ 9,2	520	- 21,0
Veräußerung von Beteiligungen	6 509	+ 34,5	717	- 45,7

1 Veränderung auf Basis revidierter Vorjahresergebnisse.

2 Einschließlich Schuldendiensthilfen.

Die bereinigten Ausgaben des Bundes gingen im Wesentlichen durch um 9,7 Milliarden Euro (-8,6%) niedrigere laufende Zuweisungen an die Sozialversicherungsträger zurück. Grund dafür waren insbesondere der Wegfall der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit um 7,2 Milliarden Euro und die Reduktion der Zuweisungen an den Gesundheitsfonds um 2,5 Milliarden Euro. Der Bund zahlte im Berichtsjahr noch laufende Zuweisungen in Höhe von 103,7

Milliarden Euro an die Träger der Sozialversicherung. Ferner wurden die Ausgaben für militärische Beschaffungen und Anlagen um 1,7 Milliarden Euro (-16,9%) auf 8,6 Milliarden Euro vermindert. Auch die Ausgaben für den Erwerb von Beteiligungen sind 2013 zurückgegangen. Sie sanken um 11,4% auf 9,4 Milliarden Euro. Im Jahr 2012 waren sie durch die einmalige Erhöhung des Kapitalanteils des Bundes an der Europäischen Investitionsbank (EIB) kräftig angestiegen.

Die Ausgaben des Bundes erhöhten sich in erheblichem Ausmaß durch die Kosten des Hochwassers des Jahres 2013. Zur finanziellen Unterstützung der Beseitigung der Schäden bei Privathaushalten, Unternehmen und Infrastruktur wurde das Gesetz zur Errichtung des Sondervermögens „Fonds Aufbauhilfe“ im Juli 2013 rechtskräftig. Der Bund hat den Fonds „Aufbauhilfe“ mit Zuweisungen in einem Umfang von 8,0 Milliarden Euro im Nachtragshaushalt 2013⁶ ausgestattet. Andere Einnahmen hatte der Fonds nicht. Ein weiterer wichtiger Faktor für die Entwicklung der Ausgaben des Bundes war die Anhebung des Bundesanteils für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung auf 75 % der sozialhilferechtlichen Nettoausgaben⁷. Aufgrund dieser Kostenübernahme erhöhten sich 2013 die Ausgaben für die laufenden Zuweisungen an die Länder um rund 1,9 Milliarden Euro.

Zur Finanzierung der Ausgaben standen dem Bund und seinen Extrahaushalten im Jahr 2013 Einnahmen in Höhe von 334,9 Milliarden Euro zur Verfügung. Das waren 0,6 Milliarden Euro weniger als im Vorjahr (-0,2%).

Der leichte Rückgang der Einnahmen war auf den Wegfall des Eingliederungsbeitrags der Bundesagentur für Arbeit zum 1. Januar 2013 mit einem Volumen von 4,1 Milliarden Euro zurückzuführen. Bis einschließlich 2012 wurde der Eingliederungsbeitrag von der Bundesagentur für Arbeit an den Bund als Beteiligung an den Grundsicherungsleistungen für Arbeitssuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) gezahlt.

Im Jahr 2013 stiegen die Einnahmen aus der Veräußerung von Vermögen deutlich. Diese beliefen sich auf 7,8 Milliarden Euro, das waren 1,8 Milliarden Euro mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Darunter nahmen insbesondere die Erlöse aus dem Verkauf von Beteiligungen um 34,5% auf 6,5 Milliarden Euro zu. Die Einnahmen stammten unter anderem aus der Privatisierung der TLG Immobilien GmbH durch den Bund in Höhe von 0,8 Milliarden Euro und aus dem Verkauf von Aktien der Commerzbank AG. Durch die vollständige Rückführung der stillen Einlage des Bundes bei der Commerzbank AG im Zusammenhang mit den Stabilisierungsmaßnahmen durch den Finanzmarktstabilisie-

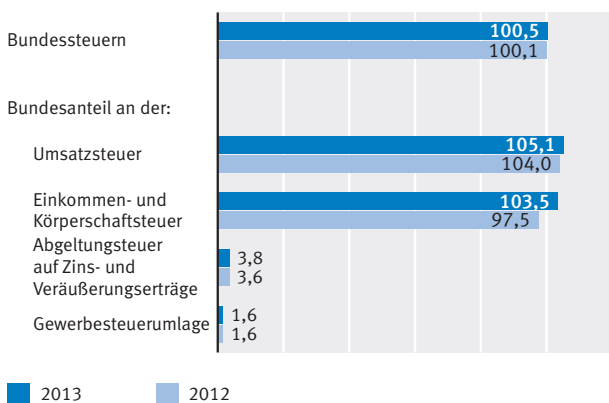
6 Siehe Bundesministerium der Finanzen: „Haushaltsabschluss 2013, Ausgaben und Einnahmen des Bundes im Haushaltsjahr 2013“ in Monatsbericht des BMF, Januar 2014, Seite 6 ff.

7 Nettoausgaben sind hier im Sinne von § 46a Absatz 2 Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) die Bruttoausgaben der für die Ausführung des Gesetzes zuständigen Träger abzüglich der auf diese Geldleistungen entfallenden Einnahmen. Zu diesen Einnahmen gehören Aufwendungen, Kostenersatz und Ersatzansprüche nach Kapitel 13 SGB XII, soweit diese auf Geldleistungen nach diesem Kapitel entfallen, aus übergeleiteten Unterhaltsansprüchen sowie aus Erstattungen anderer Sozialleistungsträger.

rungsfonds (SoFFin) wurden ebenfalls zusätzliche Einnahmen erzielt.

Mit rund 86% bildeten die Einnahmen aus Steuern (einschließlich EU-Eigenmitteln) und steuerähnlichen Abgaben den größten Anteil an den Einnahmen des Bundes. Sie stiegen im Berichtszeitraum um 0,9% auf 288,1 Milliarden Euro. Die Einnahmen des Bundes aus seinem Anteil an den Gemeinschaftsteuern und der Gewerbesteuerumlage stiegen insgesamt um 3,6% auf 214,0 Milliarden Euro (siehe Schaubild 3). Darunter erhöhten sich die Einnahmen aus dem Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer um 6,2% auf 103,5 Milliarden Euro. Die Einnahmen des Bundes aus seinem Anteil an der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge erhöhten sich um 5,2% auf 3,8 Milliarden Euro. Die anteiligen Einnahmen aus der Gewerbesteuerumlage gingen mit 0,7% nur leicht zurück. Die positive Entwicklung des inländischen Konsums spiegelte sich in einem Anstieg der Einnahmen aus dem Bundesanteil an der Umsatzsteuer wider. Sie stiegen um 1,1% auf 105,1 Milliarden Euro. Bei den Einnahmen aus reinen Bundessteuern war ein Zuwachs um 0,3% auf 100,5 Milliarden Euro zu verzeichnen.

Schaubild 3 Steuereinnahmen des Bundes nach Arten
Mrd. EUR



2014-01-0479

Wie in Tabelle 1 dargestellt, wies der Bund im Jahr 2013 ein Finanzierungsdefizit als Differenz zwischen bereinigten Ausgaben und bereinigten Einnahmen in Höhe von 14,5 Milliarden Euro auf. Im Vorjahr hatte das Finanzierungsdefizit 22,0 Milliarden Euro betragen. Dem Finanzierungsdefizit des Kernhaushalts des Bundes von 22,3 Milliarden Euro stand ein Finanzierungsüberschuss der Extrahaushalte des Bundes von 7,8 Milliarden Euro gegenüber.

Länder

Die Länder (einschließlich der Stadtstaaten) und ihre Extrahaushalte haben im Jahr 2013 insgesamt 329,9 Milliarden Euro ausgegeben. Wie in Tabelle 3 dargestellt, lagen die bereinigten Ausgaben damit um 2,6% über denen des Vorjahres. Die Ausgaben der Flächenländer stiegen um 2,5% auf 289,1 Milliarden Euro, die der Stadtstaaten um 2,9% auf 44,2 Milliarden Euro.

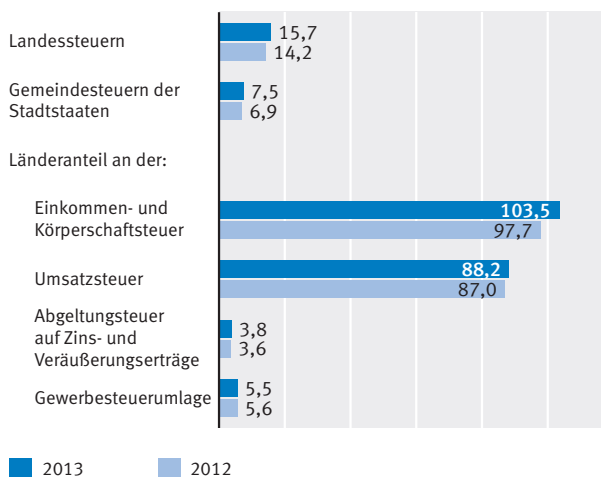
Die Ausgaben für laufende Zuweisungen der Länder (einschließlich Schuldendiensthilfen) an den öffentlichen Bereich hatten einen Anteil von rund 31% an den bereinigten Ausgaben der Länder. Sie stiegen im Jahr 2013 um 9,2% auf 101,8 Milliarden Euro. Die hierunter fallenden allgemeinen Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände erhöhten sich um 7,3% auf 38,2 Milliarden Euro, unter anderem durch das im kommunalen Finanzausgleich umzuverteilende höhere Steueraufkommen der Länder. Die Zahlungen im Rahmen des Finanzausgleichs der Länder untereinander stiegen gegenüber dem Vorjahr um 1,3% auf 8,3 Milliarden Euro im Jahr 2013. Durch sie sollen die sich aus der Steuerverteilung ergebenden Finanzkraftunterschiede zwischen den Ländern ausgeglichen werden.

Die bereinigten Einnahmen der Länder beliefen sich im Jahr 2013 auf 329,2 Milliarden Euro. Sie lagen damit um 4,3% über denen des Vorjahres (siehe Tabelle 3). Die Einnahmen der Flächenländer stiegen um 4,1% auf 289,0 Milliarden Euro, die der Stadtstaaten um 4,2% auf 43,1 Milliarden Euro.

Insbesondere durch die bereits erläuterte schrittweise Übernahme der Nettoausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund stiegen die Einnahmen für laufende Zuweisungen der Länder (einschließlich Schuldendiensthilfen) vom öffentlichen Bereich um 9,4% auf 82,5 Milliarden Euro.

Auch die positive Entwicklung der Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben trug zu dem Anstieg der Einnahmen der Länder insgesamt bei. Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen belief sich im Jahr 2013 auf rund 68%. Sie erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 4,3% auf 225,0 Milliarden Euro (siehe Schaubild 4). Darunter nahmen die Einnahmen der Länder aus deren Anteil an den Gemeinschaftsteuern und der Gewerbesteuerumlage um 3,7% auf 201,0 Milliarden Euro zu, wobei der Anteil an der Gewerbesteuerumlage um 1,3% auf 5,5 Milliarden Euro zurückging. Die Einnahmen der Länder aus ihrem Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer verzeichneten einen Zuwachs

Schaubild 4 Steuereinnahmen der Länder nach Arten
Mrd. EUR



2014-01-0480

von 6,0% auf 103,5 Milliarden Euro. Die Einnahmen aus ihrem Anteil an der Umsatzsteuer stiegen um 1,3% auf 88,2 Milliarden Euro und die anteiligen Einnahmen an der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge um 5,2% auf 3,8 Milliarden Euro. Die Einnahmen aus reinen Landessteuern überschritten mit 15,7 Milliarden Euro im Berichtsjahr den Vorjahreswert um 10,7%. Die Einnahmen der Stadtstaaten aus Gemeindesteuern übertrafen mit 7,5 Milliarden Euro das Ergebnis des Vorjahres um 9,1%.

Wie Tabelle 1 zeigt, ergab sich als Differenz zwischen bereinigten Ausgaben und bereinigten Einnahmen für die Gesamtheit der Länder im Jahr 2013 ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 0,6 Milliarden Euro. Im Vorjahr hatten die Länder noch ein Finanzierungsdefizit von 5,8 Milliarden Euro aufgewiesen. Dem Finanzierungsdefizit der Kernhaushalte der Länder von 2,3 Milliarden Euro stand ein Finanzierungsüberschuss der Extrahaushalte der Länder von 1,6 Milliarden Euro gegenüber.

Gemeinden und Gemeindeverbände

Die Kern- und Extrahaushalte⁸ der Gemeinden und Gemeindeverbände (ohne Stadtstaaten) haben im Jahr 2013 insgesamt 204,7 Milliarden Euro ausgegeben. Das waren 4,0% mehr als im Vorjahr (siehe Tabelle 4).

Tabelle 4 Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden/ Gemeindeverbände 2013

Kern- und Extrahaushalte

	Mill. EUR	Veränderung gegenüber 2012 in %
Bereinigte Ausgaben	204 715	+ 4,0
darunter:		
Personalausgaben	54 622	+ 3,7
Laufender Sachaufwand	46 245	+ 2,5
Zinsausgaben	4 077	- 7,9
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich ¹	49 677	+ 3,9
Soziale und ähnliche Leistungen	46 951	+ 5,7
Sachinvestitionen	22 069	+ 5,1
Baumaßnahmen	16 827	+ 3,5
Erwerb von Sachvermögen	5 243	+ 10,6
Darlehensgewährungen	1 115	- 20,8
Erwerb von Beteiligungen	1 906	+ 6,7
Bereinigte Einnahmen	205 768	+ 4,0
darunter:		
Steuern und steuerähnliche Abgaben	76 764	+ 3,2
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	10 549	+ 0,9
Zinseinnahmen	908	- 13,2
Laufende Zuweisungen vom öffentlichen Bereich ¹	110 357	+ 6,6
Gebühren und ähnliche Entgelte	22 589	+ 0,1
Veräußerung von Vermögen	4 600	+ 0,9
Veräußerung von Sachvermögen	3 814	- 2,2
Veräußerung von Beteiligungen	786	+ 18,7

1 Einschließlich Schuldendiensthilfen.

8 Siehe Fußnote 2.

Dabei waren die Personalausgaben mit einem Anteil von 26,7% an den bereinigten Ausgaben insgesamt die größte Ausgabenposition. Sie stiegen gegenüber dem Vorjahr deutlich um 3,7% auf 54,6 Milliarden Euro. Die sozialen Leistungen waren im Jahr 2013 mit einem Anteil von 22,9% an den Gesamtausgaben der zweitgrößte Posten. Die Gemeinden und Gemeindeverbände gaben hierfür 47,0 Milliarden Euro aus, das waren 5,7% oder 2,5 Milliarden Euro mehr als im Jahr 2012. Die Entwicklung der einzelnen Leistungsarten zeigt: Die Leistungen der Sozialhilfe an natürliche Personen stiegen gegenüber dem Jahr 2012 kräftig um 5,4% auf 24,0 Milliarden Euro. Im Jahr 2013 wurden 16,6 Milliarden Euro an natürliche Personen in Einrichtungen gezahlt, das waren 0,7 Milliarden Euro mehr als 2012. Insgesamt 7,5 Milliarden Euro wurden an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen gezahlt (+0,6 Milliarden Euro). Bei den Leistungen der Jugendhilfe in und außerhalb von Einrichtungen, wofür insgesamt 7,7 Milliarden Euro ausgegeben wurden, fällt wie bereits im Vorjahr die dynamische Entwicklung in den Gemeinden und Gemeindeverbänden im früheren Bundesgebiet auf. Während die Ausgaben für diese Aufgaben in den neuen Ländern nahezu konstant bei 1,1 Milliarden Euro lagen, stiegen sie in den Kommunen des früheren Bundesgebietes um 5,6% auf 6,6 Milliarden Euro.

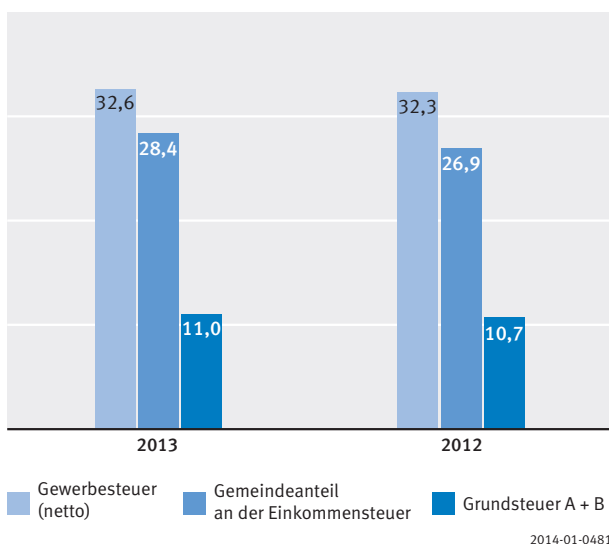
Die Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende, also für Unterkunft und Heizung, zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt und weitere kommunale Leistungen nach dem SGB II, stiegen im Jahr 2013 bundesweit um 5,2% auf 11,9 Milliarden Euro. Diese Entwicklung ist insbesondere auf den Anstieg der Leistungen für Unterkunft und Heizung nach SGB II zurückzuführen. Hierfür gaben die Gemeinden und Gemeindeverbände im Berichtsjahr 11,6 Milliarden Euro aus, das waren 5,9% mehr als im Vorjahr. Diese Entwicklung ist durch den kalten Jahresbeginn 2013 und eine leicht gestiegene Anzahl der Bedarfsgemeinschaften zu erklären. Im Jahr 2013 wurden die Ausgleichsleistungen, die der Bund und die Länder zur Finanzierung der Leistungen nach SGB II an die Kommunen zahlten, um 1,7% auf 5,6 Milliarden Euro reduziert.

Die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand stiegen um 2,5% auf 46,2 Milliarden Euro und hatten damit einen Anteil von 22,6% an den bereinigten Ausgaben. Besonders auffallend war die Entwicklung der Sachinvestitionen. Sie erhöhten sich im Jahr 2013 auf 22,1 Milliarden Euro, das waren 5,1% mehr als im Vorjahr. Der Anstieg der Investitionen im Jahr 2013 ist auf die Finanzierungsüberschüsse der Jahre 2012 und 2013, die eine verstärkte Investitionstätigkeit der Gemeinden und Gemeindeverbände zur Folge hatten, sowie auf die investiven Zuweisungen der Länder zurückzuführen. Vor dem Hintergrund des niedrigen Zinsniveaus des Jahres 2013 konnten die Ausgaben für Zinsen in Höhe von 4,1 Milliarden Euro um 7,9% im Vergleich zum Vorjahr reduziert werden.

Die Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände erreichten 2013 insgesamt 205,8 Milliarden Euro. Sie übertrafen damit das Vorjahresniveau um 4,0%. Von herausragender Bedeutung für die Gemeinden und Gemeindeverbände waren die Steuereinnahmen (netto). Sie beliefen sich einschließlich der steuerähnlichen Abgaben im Jahr 2013 auf insgesamt 76,8 Milliarden Euro – das waren die höch-

ten Steuereinnahmen der Kommunen seit der deutschen Vereinigung. Vor dem Hintergrund der günstigen allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung wurden damit im Vergleich zum Vorjahr 2,4 Milliarden Euro oder 3,2 % mehr an Steuern eingenommen. Allerdings war der Zuwachs schwächer als in den Jahren 2012 (+ 4,6 Milliarden Euro oder + 6,6 % gegenüber 2011) und 2011 (+ 5,8 Milliarden Euro oder + 9,1 % gegenüber 2010). Die wichtigste kommunale Steuer, die Gewerbesteuer (netto nach Abzug der Gewerbesteuerumlage), stieg gegenüber 2012 um 1,1 % auf einen Betrag von 32,6 Milliarden Euro. Stärker erhöhte sich der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, und zwar um 5,8 % auf 28,4 Milliarden Euro. Die Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen ist in Schaubild 5 dargestellt.

Schaubild 5 Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Arten
Mrd. EUR



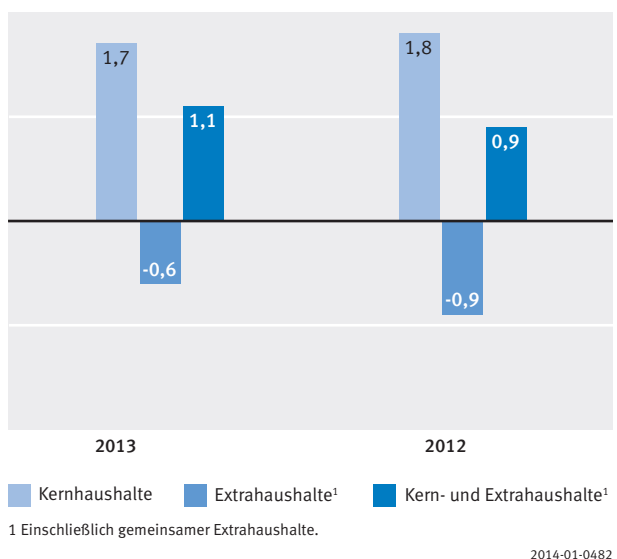
Die nach den Steuern zweitwichtigste Einnahmenart waren die Schlüsselzuweisungen, die von den Ländern an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs gezahlt wurden. Sie nahmen 2013 im Vergleich zum Vorjahr um 6,7 % zu und lagen bei 29,4 Milliarden Euro. In den neuen Bundesländern wurden im Berichtsjahr die Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen deutlich um 14,0 % auf 6,7 Milliarden Euro erhöht, nachdem im Vorjahr noch ein Rückgang um 3,1 % verzeichnet wurde. Im früheren Bundesgebiet erhielten die Gemeinden und Gemeindeverbände im Jahr 2013 Schlüsselzuweisungen in Höhe von 22,8 Milliarden Euro, das waren 4,7 % mehr als im Vorjahr. Dagegen stiegen die Einnahmen aus Verwaltungs- und Benutzungsgebühren nur leicht um 0,1 % auf 22,6 Milliarden Euro.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände nahmen 2013 von den Ländern Zuweisungen für Investitionen in Höhe von 7,0 Milliarden Euro ein. Das waren 3,4 % mehr als im Vorjahr. Allerdings waren diese Zuweisungen im Jahr 2012 um 23,1 % reduziert worden, weil die Fördermaßnahmen aus dem Konjunkturpaket II allmählich beendet wurden.

Für die Kern- und Extrahaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände (ohne Stadtstaaten) ergab sich aus der Saldierung der bereinigten Ausgaben und bereinigten Einnahmen für das Jahr 2013 der in Tabelle 1 genannte Finanzierungsüberschuss von insgesamt rund 1,1 Milliarden Euro, der damit über dem Finanzierungsüberschuss des Vorjahres (0,9 Milliarden Euro) lag.

Der Finanzierungsüberschuss der Gemeinden und Gemeindeverbände im Jahr 2013 gliederte sich in einen Finanzierungsüberschuss der kommunalen Kernverwaltungen von 1,7 Milliarden Euro und ein Finanzierungsdefizit von 0,6 Milliarden Euro der kommunalen Extrahaushalte (siehe Schaubild 6).

Schaubild 6 Finanzierungssalden der Gemeinden und Gemeindeverbände
Mrd. EUR



Sozialversicherung

Die Sozialversicherung umfasst die gesetzliche Kranken- und Unfallversicherung, die allgemeine und knappschaftliche Rentenversicherung, die soziale Pflegeversicherung, die Alterssicherung für Landwirte sowie die Bundesagentur für Arbeit. Wie in Tabelle 5 dargestellt, beliefen sich die Ausgaben der Sozialversicherung im Jahr 2013 auf 533,7 Milliarden Euro, das waren 2,5 % mehr als im Vorjahr. Die Einnahmen der Sozialversicherung betragen im Berichtsjahr 538,4 Milliarden Euro. Sie sind damit um 0,4 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Sozialversicherung erzielte im Berichtsjahr einen kassenmäßigen Finanzierungsüberschuss von 4,7 Milliarden Euro. Der Überschuss war damit um 11,2 Milliarden Euro niedriger als 2012. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen durch die Kürzung des Bundeszuschusses an den Gesundheitsfonds in Höhe von 2,5 Milliarden Euro und durch den Wegfall des Bundeszuschusses zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung in Höhe von 7,2 Milliarden Euro an die Bundesagentur für Arbeit bedingt.

Tabelle 5 Ausgaben und Einnahmen der Sozialversicherung 2013
Kern- und Extrahaushalte

	Bereinigte Ausgaben		Bereinigte Einnahmen	
	Mill. EUR	Veränderung ¹ gegenüber 2012 in %	Mill. EUR	Veränderung ¹ gegenüber 2012 in %
Sozialversicherung insgesamt	533 682	+ 2,5	538 373	+ 0,4
darunter:				
Allgemeine Rentenversicherung	258 083	+ 1,5	260 131	+ 0,4
Gesetzliche Krankenversicherung	196 718	+ 5,4	198 349	+ 1,6
Bundesagentur für Arbeit	33 215	- 6,4	33 276	- 12,6
Soziale Pflegeversicherung	24 327	+ 6,1	24 955	+ 8,3

1 Veränderung auf Basis revidierter Vorjahresergebnisse.

Allgemeine Rentenversicherung

Auf die allgemeine Rentenversicherung entfielen im Berichtsjahr jeweils rund 48 % der Ausgaben und Einnahmen der Sozialversicherung. Die Ausgaben der allgemeinen Rentenversicherung beliefen sich auf 258,1 Milliarden Euro, das waren 1,5 % mehr als im Jahr 2012. Im Jahr 2013 erhöhten sich die Einnahmen der allgemeinen Rentenversicherung um 0,4 % auf 260,1 Milliarden Euro. Sie beruhen zu nahezu 70 % auf Beitragseinnahmen in Höhe von 182,0 Milliarden Euro. Dieser nur leichte Anstieg der Beitragseinnahmen um 0,4 % war insbesondere auf die Absenkung des Beitragsatzes von 19,6 % auf 18,9 % zum 1. Januar 2013 zurückzuführen. Diese Absenkung war erfolgt, weil die Höchstgrenze der Nachhaltigkeitsrücklage überschritten worden war. Die Nachhaltigkeitsrücklage dient dem Ausgleich konjunktureller Schwankungen. Überschreitet sie zum 1. Januar eines Jahres das 1,5-Fache der durchschnittlichen monatlichen Ausgaben (abzüglich Bundeszuschuss, Erstattungen und der empfangenen Ausgleichszahlungen), erfolgt eine Minderung des Rentenbeitragssatzes. Für das Jahr 2013 ergab sich daher in der allgemeinen Rentenversicherung ein Finanzierungsüberschuss von 2,0 Milliarden Euro. Im Jahr 2012 hatte die allgemeine Rentenversicherung noch einen Finanzierungsüberschuss von 4,8 Milliarden Euro erzielt.

Gesetzliche Krankenversicherung

Etwas mehr als ein Drittel der Ausgaben der Sozialversicherung entfielen im Jahr 2013 auf die gesetzliche Krankenversicherung (einschließlich Gesundheitsfonds). Der Anstieg der Ausgaben um 5,4 % auf 196,7 Milliarden Euro war vor allem auf den Wegfall der Praxisgebühr zum 1. Januar 2013 zurückzuführen. Diese wurde bislang mit der Gesamtvergütung für Ärztinnen und Ärzte verrechnet. Auch Maßnahmen, die ab Mitte 2013 ergriffen wurden, um die finanzielle Situation der Krankenhäuser zu verbessern und den Notdienst der Apotheken sicherzustellen, bewirkten eine Ausgabenerhöhung. Obwohl der Bund den Zuschuss an den Gesundheitsfonds zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben

um knapp 2,5 Milliarden Euro auf 11,5 Milliarden Euro absenkte, lagen die Einnahmen um 1,6 % über denen des Vorjahres. Sie beliefen sich im Jahr 2013 auf 198,3 Milliarden Euro. Insgesamt wies die gesetzliche Krankenversicherung einschließlich Gesundheitsfonds im Jahr 2013 einen Finanzierungsüberschuss von 1,6 Milliarden Euro auf. Im Vorjahr hatte der Finanzierungsüberschuss noch 8,5 Milliarden Euro betragen.

Bundesagentur für Arbeit

Trotz eines leichten Anstiegs der durchschnittlichen Anzahl der gemeldeten Arbeitslosen sanken im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr die Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit (einschließlich Versorgungsfonds) um 6,4 % auf 33,2 Milliarden Euro. Die Gründe dafür waren insbesondere geringere Ausgaben für das Insolvenzgeld und die aktive Arbeitsmarktförderung. Die Einnahmen der Bundesagentur für Arbeit gingen um 12,6 % auf 33,3 Milliarden Euro zurück. Dies resultierte unter anderem aus dem Wegfall des Bundeszuschusses zu den Kosten der Arbeitsförderung, der im Jahr 2012 noch 7,2 Milliarden Euro betragen hatte. Dieser Rückgang konnte durch die erhöhten Beitragseinnahmen und die Insolvenzgeldumlage im Jahr 2013 nicht kompensiert werden.

Für die Bundesagentur für Arbeit einschließlich Versorgungsfonds ergab sich daraus im Jahr 2013 ein geringer Finanzierungsüberschuss von knapp 0,1 Milliarden Euro. Im Jahr 2012 wurde noch ein Finanzierungsüberschuss von 2,6 Milliarden Euro erzielt.

Soziale Pflegeversicherung

Bei der sozialen Pflegeversicherung stand im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr ein Ausgabenanstieg um 6,1 % auf 24,3 Milliarden Euro einem Einnahmewachstum um 8,3 % auf 25,0 Milliarden Euro gegenüber. Der Einnahmewachstum wurde insbesondere durch ein Mehr an Beitragseinnahmen in Höhe von 1,9 Milliarden Euro (+ 8,5 %) verursacht. Dies führte für das Jahr 2013 zu einem Finanzierungsüberschuss der sozialen Pflegeversicherung von 0,6 Milliarden Euro und damit zu einem um 0,5 Milliarden Euro besseren Ergebnis als im Vorjahr. [u](#)

Auszug aus Wirtschaft und Statistik

Herausgeber

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

www.destatis.de

Schriftleitung

Dieter Sarreither,
Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes

Redaktion: Ellen Römer
Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 23 41

Ihr Kontakt zu uns

www.destatis.de/kontakt

Statistischer Informationsservice

Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 24 05

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.